

# «Äs Signal, wo mä z Bärn obe gchört»

**Eindeutiges Ja zum ganzen Kredit für die Umfahrungsplanung: Die Landsgemeinde war mit klarem Mehr auch für den Einbezug des Hauptortes in diese Projektierung.**

Von Ruedi Hertach

Glarus. – Für viereinhalb Millionen sollen die Umfahrungen Näfels, Netstal und Glarus gemäss Linienführung im Richtplan geplant werden: So hatte es der Landrat beantragt, und so beschloss es gestern auch eine eindeutige Mehrheit im Ring.

Die Landsgemeinde folgte damit dem Schlussappell von Baudirektor Röbi Marti: Es brauche ein Signal, «wo au z Bärn obe gchört wirt», erklärte er. Schon mancher Stein sei unverhofft ins Rollen gekommen, «aber nu wäme ds Guraaschi gchaa hätt, ä Schupf draa z gii». Auch über die Linienführung sei genug gewerweist worden. Strasse und öV dürfe man nicht gegeneinander ausspielen; es brauche beides.

**Engagiertes Pro und Kontra**

Vorausgegangen war eine lebhaft Debatte für und wider. Andreas Schlittler, Glarus, nannte den Kredit einerseits nutzlos, weil bis Netstal allein der Bund zuständig sein werde und man ihm kein pfannenfertiges Projekt unterjubeln könne. Andererseits sei er illusorisch, denn die Umfahrung Glarus werde der Bund nicht zahlen, und für den Kanton sei sie schlicht zu teuer.

Hans Jörg Marti, Nidfurn, widersprach: Die massive Verkehrszunahme sei untragbar geworden. Eine vernünftige Planung müsse ganzheitlich sein, also samt Glarus. Es gehe um viele Arbeitsplätze in Glarus Süd; der öV allein könne da nicht helfen. Wir müssten das Schicksal in die Hand nehmen und etwas dazu beitragen.

Landrat Georg Staubli, Niederur-



Ein deutlicher Wink: Die Umfahrungsentscheide im Ring fallen unzweifelhaft aus.

Bild Pascal Landert

nen, wies auf die vom Landrat festgelegte Linienführung hin. Der Bund habe den Netzplan (mit Festlegung des Süd-Endpunktes) noch nicht beschlossen. Die Vorlage wolle die Zeit bis zu einer Umsetzung verkürzen

und die Verhandlungsposition verbessern – zugunsten eines wettbewerbsfähigen Kantons samt Glarus Süd.

Madlaine Brugger, Mollis, war für Komplettablehnung. Das Volk habe die E+E-Vorlage refüsiert, weil sie zu

gross, zu teuer und am falschen Ort geplant worden sei; nun bringe man ein noch grösseres, noch teureres Vorhaben wieder am selben Ort. Für so etwas habe der Kanton in der Krise kein Geld, sonst fehle es für anderes.



13 Voten zum Umfahrungskredit: Andreas Schlittler, Hans Jörg Marti, Georg Staubli, Madlaine Brugger, Peter Rufibach, Markus Rhyner, Thomas Hefti, Christoph Zürner, Mathias Vögeli, Priska Müller, Kurt Reifler, Röbi Marti (von oben links), Fernando Reust (siehe Seite 4). Bilder Samuel Trümpy

Landrat Peter Rufibach, Riedern, nannte den Vollkredit wichtig für die Nachkommen. Glarus Süd werde sonst abgedrängt. Da gehe es um den Transport von Waren, nicht nur von «Läptöpplein». Heute müsse man vor 50 Zebrastreifen anhalten und Energie verpuffen. Nur gut erschlossene Gebiete könnten florieren. Man solle den «drei Eidgenossen» ein klares Projekt in die Hand geben.

**Mit oder ohne Abschnitt Glarus?**

Landrat Markus Rhyner, Elm, wollte nur die Kredite Näfels/Netstal, nicht aber für Glarus erteilen, also nur 2,97 Millionen – für jene Abschnitte, die Aussicht auf Verwirklichung hätten. Eine Hauptort-Umfahrung müsste der Kanton selber zahlen, was in den nächsten 30–40 Jahren Illusion sei. Für Glarus Süd sei anderes wichtiger als ein Strassenabschnitt; da werfe man Geld «zum Pfiischer usi».

Landrat Thomas Hefti, Schwanden, warb hingegen für den zweckgebunden finanzierten Gesamtkredit. Wer vom Entlastungsbedarf überzeugt sei, müsse ein starkes Zeichen setzen. Bei ganzer oder teilweiser Ablehnung entstehe der Eindruck, der Kanton wolle keine integrale Umfahrung, und Glarus Süd sei ihm die zusätzlichen 1,5 Millionen nicht wert.

Landrat Christoph Zürner, Mollis, konterte, der Bund finanziere eine Umfahrung Glarus nicht; für den Kanton aber wäre sie dreimal teurer als das Spital. Selbst für Näfels und Netstal müsse man gehörig kämpfen; umso wichtiger sei es, klar zu sagen, wo die hiesigen Prioritäten lägen – sonst setze der Bund angesichts der Fülle von Begehren eben auswärtige.

**Pioniergeist gefordert**

Mathias Vögeli, Rüti, rief zu Pioniergeist auf. Handlungsbedarf punkto Erschliessung bestehe seit Jahrzehnten; jetzt sei zu handeln. In Graubünden gebe es Erschliessungen, von denen wir nur träumten. Glarus Süd, das hohe (Wasserkraft-)Erträge generiere, dürfe auch punkto Strassen nicht ewig ein Mauerblümchen sein.

Landrätin Priska Müller, Oberurnen, riet mit Blick auf jüngste Finanzwarnungen zur Ablehnung: Nötiges sei von Unnötigem zu trennen. Die Vorlage sei weder Kantonssache, noch bringe sie einen klaren Mehrwert.

**«Hööre! hööre!»**

Trotz Unmut im Ring («Hööre! hööre!») liessen sich zwei weitere Redner nicht vom Gang auf die Bühne abbringen. Kurt Reifler, Schwanden, warb für die Vorlage; Fernando Reust, Ennenda, nannte «das System falsch».

Dann wurde abgestimmt; Mit eindeutigem Mehr sprach sich die Landsgemeinde zunächst für den Einbezug der Hauptort-Umfahrung und dann für die Erteilung des Planungskredits aus. Der ursprüngliche Memorialsantrag fiel stillschweigend dahin.

## Ein Signal allein macht noch keinen Frühling

**Befürworter wie Gegner des Umfahrungskredits reagieren nüchtern auf den Entscheid. Man ist sich bewusst, dass die Schwierigkeiten erst anfangen.**

Von Daniel Fischli

Glarus. – Vor acht Jahren hat die Landsgemeinde die E+E-Strasse mit grossem Mehr zurückgewiesen. Gestern hat sie – ebenfalls klar – Ja zur Planung eines ganz ähnlichen Projekts gesagt. Baudirektor Röbi Marti will darin aber noch keinen grundsätzlichen Sinneswandel der Stimmberechtigten sehen: Für die Mehrheit sei es wohl einfach an der Zeit gewesen, ein Zeichen zu setzen. Insbesondere bedeute der Entscheid noch kei-

ne Zustimmung zum Bau einer Umfahrung Glarus. «Aber es wäre ein falsches Zeichen in Richtung Bern und in Richtung Hinterland gewesen, wenn man den Kredit gekürzt hätte», erklärt Marti.

**Erst ein Ja zur Planung**

Wie der Baudirektor, spielen auch die Gegner des Planungskredits die Bedeutung des gestrigen Entscheids herunter. «Alle waren sich bewusst, dass es nur um die Planung und nicht um den Bau geht», erklärt die SP-Präsidentin Christine Bickel. Sie bedauert, dass der rot-grüne Kompromissvorschlag, nur die Umfahrungen Näfels und Netstal zu planen, abgeschmettert wurde: «Der Kompromiss hätte nach Bern signalisiert, dass wir dort, wo die wirklichen Probleme liegen,

eine Lösung wollen, aber gleichzeitig bereit sind, das Fuder nicht zu überladen.» Bickel befürchtet, dass nun für Bern die Nullvariante ins Spiel kommt.

Andreas Kreis, Landrat der Grünen und VCS-Kopräsident, glaubt, dass sich die Geister wieder scheiden werden, sobald es um ein konkretes Projekt geht: «Die Landsgemeinde wollte wohl ein Signal geben, aber ich zweifle, dass sie später auch bereit sein wird, die Konsequenzen zu tragen.» Denn der Bund werde kaum auf die teure Tunnellösung setzen, meint Kreis. «Ich bin gespannt, wie sich die Glarnerinnen und Glarner verhalten werden, wenn uns Bern eine Talvariante präsentiert.» Damit dann die Landsgemeinde noch zu Wort kommen könne, habe man einen Memori-

alsantrag in der Schublade, der ihr entsprechende Kompetenzen geben wolle.

Keinesfalls will Kreis das Ja von gestern als Blankocheck für den Bau von Umfahrungen ausgelegt wissen: «Man wird nicht behaupten können, die Landsgemeinde habe Ja zum Bau gesagt, denn sie hat in der Vergangenheit konkrete Projekte immer zurückgewiesen.»

**Ein Signal nach Bern**

Hans Jörg Marti, der die gestrige Debatte mit seinem Memorialsantrag ausgelöst hatte, sieht die Sache verständlicherweise anders: Ein «kleiner Stimmungswandel» seit der E+E-Rückweisung sei wohl eingetreten, denn «die Bevölkerung hat eingesehen, dass man etwas machen muss».

Die Landsgemeinde habe nun nach Bern signalisiert, dass Glarus die Lösung der Verkehrsprobleme in Angriff nehmen wolle.

Marti hofft, dass der Bund nach erfolgter Planung den Glarner entgegenkomme und über die Umfahrung Glarus noch mit sich reden lasse. Denn auch er sieht im Entscheid von gestern noch kein Ja zum Bau: «Ob wir uns die Etappe um Glarus selber leisten können, wird sich erst zeigen, wenn ein Projekt vorliegt.»

Auch Andreas Kreis setzt wie Marti auf Gespräche mit Bern, aber unter entgegengesetzten Vorzeichen: «Ich wünsche mir, dass die Baudirektion in Bern abklärt, was realistisch ist, damit wir nicht Geld für Fantasieplanungen zum Fenster hinauswerfen.»